

Teilnahmewettbewerb

zur Verhandlungsverfahren

zur Vergabe der Leistung

Rahmenvertrag

Linienverkehr

mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

‘Moor-Express’

Vergabenummer: 2026-AIB-001

Wettbewerbsbeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1. Verfahrensbedingungen	3
1.1 Auftraggeber	3
1.2 Angaben zu den Leistungen	3
2. Übersicht über das Verfahren: Verhandlungsvergabe mit vorherigem Teilnahmewettbewerb	5
3. Leistungsbeschreibung	6
4. Antrags-, Vergabe und Verfahrensbedingungen	7
4.1. Fragen zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen	7
4.2. Vollständigkeits-/Unklarheiten	8
4.3. Abgabe des Wettbewerbsantrags	8
4.4. Form des Antrags	8
4.5. eVergabe	9
4.6. Bestimmung über nicht berücksichtigte Anträge	9
4.7. Aufhebung der Ausschreibung	9
4.8. Datenschutzklausel	9
4.9. Aufklärungs-/Nachforderungsverfahren	9
4.10. Verschwiegenheit	10
4.11. Vergütung	10
4.12. Preisangaben	10
4.13. Hinweis, wenn kein Antrag abgegeben wird	12
4.14. Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme des Antrags	12
4.15. Ausschreibungsfremde Bedingungen	13
4.16. Copyright und Schutzrechte	13
4.17. Bevorzugte Bewerber	13
5. Eignung	14
5.1. Eignungskriterien	14
6. Anlagen als Teile dieser Ausschreibungsunterlagen	15

1. Verfahrensbedingungen

1.1 Auftraggeber

Auftraggeberin (AG) für die ausgeschriebene Leistung ist:

Stadt Bad Aibling
Am Klafferer 4
D - 83043 Bad Aibling

Ausschreibende Stelle:

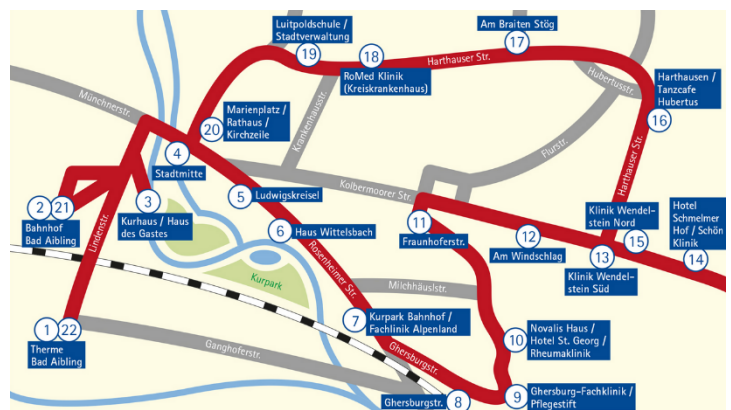
AIB-KUR GmbH & Co. KG
Wilhelm-Leibl-Platz 3
D - 83043 Bad Aibling

1.2 Angaben zu den Leistungen

Bezeichnung der Ausschreibung:

Linienverkehr mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG - 'Moor-Express'

Der etablierte 'Moor-Express' ist in Bad Aibling ein innerstädtischer Busbetrieb, der Gäste wie auch Bürger/innen in einem festen Fahrplan befördert.



Die Leistung des Busbetriebes wird extern erbracht als Vertragsleistung. Der laufende Vertrag endet zum 28.02.2027 und wird hiermit neu ausgeschrieben. Die Leistung besteht aus einem Los und ist nicht weiter in Titel unterteilt.

Der Leistungsort ist:

- **Bad Aibling**

Der Vertragsbeginn des Rahmenvertrages ist der

01.03.2027

Der Leistungszeitraum (Lieferung) beginnt am

01.03.2027(Leistungsbeginn Betriebsphase)

und endet am

28.02.2029 (Leistungsende Betriebsphase)

Der Rahmenvertrag endet am 28.02.2029 ohne, dass es einer separaten Kündigung bedarf. Der Rahmenvertrag kann zweimal um je 12 Monate verlängert werden. Sofern die Stadt Bad Aibling das Optionsrecht in Anspruch nimmt, endet der Vertrag spätestens am 28.02.2030 bzw. 28.02.2031, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Es besteht keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Verlängerungsoption durch die Stadt Bad Aibling.

Es handelt sich um die Ausschreibung eines Rahmenvertrag gem. Muster Anlage 3.

Die ausschreibende Stelle verfährt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) – Teil 4 bzw. der Vergaberechtsmodernisierungsverordnung (VergRModVO), Artikel 1 Vergabeverordnung (VgV) vom 12.04.2016. Die Vergabe erfolgt im Wege einer Verhandlungsverfahren gem. § 14 Abs. 3 sowie § 17 Abs. 1 VgV. Diese wird durchgeführt als integriertes Verfahren mit dem vor der eigentlichen Verhandlungsphase realisierten Teilnahmewettbewerb.

2. Übersicht über das Verfahren: Verhandlungsvergabe mit vorherigem Teilnahmewettbewerb

Die Vergabe der Leistungen erfolgt im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit einem vorangestellten Teilnahmeverfahren. Der Ablauf dieses Verfahrens ist wie folgt geplant:

Phase 1: Teilnahmeverfahren

Das Bieterunternehmen erklärt mit der Abgabe eines Wettbewerbsantrags die Absicht, am Verfahren teilzunehmen.

- a. Es wird in diesem Schritt die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, technische und berufliche Leistungsfähigkeit des Bieterunternehmens geprüft. Diese bezieht sich i. S. d. § 122 GWB auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde des Unternehmens sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 oder 124 GWB. Die teilnehmenden Unternehmen werden nicht aufgefordert, die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) gem. § 50 VgV ausgefüllt mit den Antragsunterlagen vorzulegen, eine Verwendungspflicht für Unternehmen besteht insoweit nicht. Soweit ein teilnehmendes Unternehmen als vorläufigen Beleg seiner Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen freiwillig eine EEE verwendet, erfordert der Ausschreibungsgegenstand über die Erklärungen der EEE hinaus fachliche Eignungsnachweise wie mit **Anlage 1** gefordert. Für alle Unternehmen ist die Vorlage des **Formblattes VHL 124** jedoch verpflichtend.
- b. Gemäß § 51 VgV werden durch die Anwendung der Eignungskriterien gem. Anlage 1 zur Antragsbewertung alle Unternehmen zur Abgabe eines ersten Angebotes aufgefordert, die die Anforderungen der Eignungskriterien des Teilnahmewettbewerbes erfüllen.

Phase 2: Verhandlungsphase

a. Erstangebot

Es erfolgt eine formelle Angebotsaufforderung. Nach vergaberechtskonformer Angebotsphase (siehe Anlage 2 Projektplan) werden eingehende Angebote dreistufig bewertet nach formaler Vollständigkeit, dem Angebotspreis und der fachlichen Leistung gem. Leistungsverzeichnis. Wie in der Bekanntmachung veröffentlicht, gehen der (a) Angebotspreis, (b) die Bewertung des Dienstleistungskonzeptes in der Relation 60 : 40 in die Zuschlagswertung ein.

Auf der Basis dieser Bewertung der Erstangebote werden maximal 4 Angebote der Bieterunternehmen ausgewählt für ein eigentliches Verhandlungsgespräch.

Die ausschreibende Stelle behält sich eine Vergabeentscheidung und Zuschlagserteilung vor gem. § 17 Abs. 11 VgV auf der Basis der Erstangebote ohne eigentliches Verhandlungsgespräch.

b. Verhandlung

Die Bieterunternehmen präsentieren ihre Dienstleistungskonzeption sowie ihr Gesamtangebot und erläutern dieses in der Diskussion. Es werden Fragen und Änderungswünsche seitens der Stadt Bad Aibling besprochen. Aus der fachlichen und Leistungsverhandlung mit den beteiligten Bieterunternehmen werden erweiterte und präzisierte Anforderungen an die zukünftige Dienstleistung seitens der ausschreibenden Stelle erarbeitet und den beteiligten Bieterunternehmen als finale Angebotsaufforderung mit einem ggf. optimierten Leistungsverzeichnis übermittelt.

Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlung pro Bieterunternehmen in einer Phase mit nachfolgendem finalem Angebot stattfindet.

Die Termine der Verhandlungsgespräche sind vorgesehen gem. Projektplan für 29. und 30.07.2026.

c. Finales Angebot

Die Bieterunternehmen werden formell aufgefordert, mit den Ergebnissen des Verhandlungsgesprächs ein verbindliches Angebot abzugeben, das alle zur Ausführung des Projekts erforderlichen Einzelheiten enthalten muss. Das spezifizierte Leistungsverzeichnis wird entsprechend seitens der ausschreibenden Stelle vorgelegt bei der Aufforderung zur finalen Angebotsabgabe.

Die oben benannten Zuschlagskriterien gelten unverändert.

Während des gesamten Verfahrens werden die Bieterunternehmen frühzeitig über den Zeitplan informiert, insbesondere über die Präsentations- und Abgabetermine für die Angebote. Die Bieterunternehmen werden gebeten, die Verhandlungstermine rechtzeitig einzuplanen und freizuhalten, um Terminverschiebungen möglichst zu vermeiden.

Es gilt bis auf weiteres der als **Anlage 2** beigefügte Projektplan.

3. Leistungsbeschreibung

Die Leistungsbeschreibung entnehmen Sie bitten dem Dokument Verfahrensbeschreibung inkl. LV aus dem Dateienpool zur Verhandlungsphase Stufe 1 dieses Ausschreibungsverfahrens sowie die dort aufgeführten Anlagen zur Leistungsbeschreibung (= dortige Anlage 1)

4. Antrags-, Vergabe und Verfahrensbedingungen

Das Vergabeverfahren wird vom Beratungsunternehmen *Loesungenfinden.org* fachlich, vergabestrategisch und operativ unterstützt. Die Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbs, die Bieterkommunikation, der digitale Antragseingang, die Aufforderung zur Angebotsabgabe in der Phase 2 sowie der digitale Angebots-
eingang werden durch *Loesungenfinden.org* über das Vergabeportal www.dtv.de realisiert.

4.1. Fragen zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen

Mögliche Bieteranfragen zum Vergabeverfahren sind ausschließlich in deutscher Sprache über die Bieterkommunikation des Portals www.dtv.de zu stellen.

Fragen, die der oben genannten Stelle nicht bis zum **02.06.2026, 14.00** Uhr vorliegen, können nicht beantwortet werden. Es wird zuvor eine weitere Frist angeboten: **26.05.2026, 14.00** Uhr. Die Antworten auf Bieterfragen werden allen registrierten Unternehmen jeweils nach der benannten Frist über die Bieterkommunikation des Portals www.dtv.de bereitgestellt.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen werden ebenfalls über das Portal www.dtv.de geliefert. **Eine gesonderte Benachrichtigung der Bieterunternehmen hierzu erfolgt nicht.**

Alle Informationen (Fragen, Antworten, Änderungen oder Ergänzungen) die über das Portal www.dtv.de bereitgestellt werden, sind für das Vergabeverfahren und die zu erbringenden Leistungen bindend.

Soweit erforderlich wird eine letzte Aktualisierung der Fragen und Antworten bzw. Änderungen und Ergänzungen am **03.06.2026** erfolgen.

Sofern die Vergabeunterlagen ohne vorherige Registrierung (Anmeldung) heruntergeladen wurden, erhält das Unternehmen keine E-Mailbenachrichtigung. Das Unternehmen ist dann in der Pflicht, sich selbstständig über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen auf dem Vergabeportal zu informieren.

Vor diesem Hintergrund wird eine vorherige Registrierung (Anmeldung) auf der Vergabeplattform empfohlen. Es obliegt den Unternehmen, evtl. auftretende Störungen des Vergabeportals www.dtv.de unverzüglich der ausschreibenden Stelle für Rückfragen zu melden.

4.2. Vollständigkeiten | Unklarheiten

Die Ausschreibungsunterlagen sind kapitelweise mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen. Das Unternehmen hat sich von der Vollständigkeit der ihm überlassenen Unterlagen zu überzeugen. Das Unternehmen hat bei Unvollständigkeit der Vergabeunterlagen unverzüglich die Vergabestelle schriftlich oder E-Mail hierüber zu unterrichten.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, so hat das Unternehmen den Auftraggeber vor Abgabe des Teilnahmeantrags **schriftlich** darauf hinzuweisen.

4.3. Abgabe des Wettbewerbsantrags

Der Teilnahmeantrag ist bis **12.06.2026, 11.00Uhr** einzureichen.

Die Abgabe des Teilnahmeantrags sowie die spätere Angebotsabgabe muss **ausschließlich elektronisch** über das Vergabeportal www.dtvp.de erfolgen. Über die vorgenannte Vergabeplattform kann der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot elektronisch in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuches übermittelt werden. Eine digitale Signatur ist für die Antragsabgabe nicht erforderlich, aber möglich; handschriftliche Unterschriften sind nicht notwendig; eine digitale Antragsabgabe in Textform versteht die ausschreibende Stelle als Angabe des Klarnamens des/der Einreichenden im Unterschriftsfeld des Antragsformblattes L1313. Bitte beachten Sie bei der Antragsabgabe die Anweisungen und Hinweise im Angebotsassistenten. Anlagen zu Ihrem Teilnahmeantrag bzw. Angebot (z.B. die geforderten Eignungsunterlagen) können Sie als „Eigene Anlage“ zu Ihrem elektronischen Teilnahmeantrag bzw. Angebot im Angebotsassistenten hochladen.

Teilnahmeanträge und Angebote, die per Fax oder E-Mail oder in Papierform eingehen, werden nicht gewertet.

4.4. Form des Antrags

Die Wettbewerbsanträge sind in allen ihren Bestandteilen, inklusive aller geforderten Nachweise und Erklärungen, in deutscher Sprache zu verfassen. Erforderlichenfalls ist neben dem Original auch eine deutsche Übersetzung der Nachweise und Erklärungen vorzulegen. Hierfür entstehende Kosten sind vom Bieterunternehmen zu tragen. Das Wettbewerbsunternehmen trägt die Verantwortung für die korrekte Übersetzung der eingereichten Nachweise und Erklärungen.

Die in den Verdingungsunterlagen zwingend formulierten („ist“, „muss“, „sind“, „hat zu“ etc.) Leistungs- und Qualitätsstandards sind Mindestanforderungen und für das Bieterunternehmen bindend. Anträge und spätere Angebote, die diese Vorgaben nicht einhalten, werden von der Wertung ausgeschlossen.

Für den Teilnahmeantrag sind die von der ausschreibenden Stelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden.

Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Antragsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen. Werden die Unterlagen nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird der Antrag ausgeschlossen.

4.5. eVergabe

Der Teilnahmeantrag und das spätere Angebot sind ausschließlich elektronisch in Textform gemäß § 126 b BGB einzureichen unter den Bedingungen der Vergabepattform www.dtyp.de.

4.6. Bestimmung über nicht berücksichtigte Anträge

Es erfolgt gemäß § 62 VgV eine Unterrichtung der Bieterunternehmen.

4.7. Aufhebung der Ausschreibung

Eine etwaige Aufhebung der Ausschreibung gem. § 63 VgV (ganz oder in Teilen) wird den Wettbewerbsunternehmen elektronisch mitgeteilt.

4.8. Datenschutzklausel

Die von den Wettbewerbsunternehmen erbetenen personenbezogenen Angaben werden **nur** im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Eine anderweitige Weitergabe an unbeteiligte Dritte findet nicht statt. Die Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Wettbewerbsantrages.

4.9. Aufklärungs-/Nachforderungsverfahren

Bei Bedarf wird mit den Bieterunternehmen gemäß § 56 VgV vor der Entscheidung des Teilnahmewettbewerbs ein Aufklärungsverfahren durchgeführt. Das eventuelle Aufklärungsverfahren mit den Unternehmen hat den Zweck, eventuelle Zweifel über die Anträge zu beheben.

Die Angebotsaufklärung dient der Auftraggeberin zur Verifizierung der angegebenen Leistungsdaten. Verweigert ein Bieterunternehmen die geforderten Aufklärungen und Angaben, so kann sein Antrag unberücksichtigt bleiben.

4.10. Verschwiegenheit

Das Wettbewerbsunternehmen hat – auch nach Beendigung der Antragsphase – über die ihm im Zusammenhang mit der Ausschreibung bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren.

Es hat außerdem Unterlagen und Informationen nur zur Durchführung dieses Vertrages zu verwenden sowie die Datenschutzbestimmungen des Bundes (BDSG) zu beachten. Insbesondere hat das Wettbewerbsunternehmen zur Kenntnis kommende personenbezogene Daten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, d.h. Dritten nicht zugänglich zu machen. Er hat weiterhin nur Personal einzusetzen, dass unter Hinweis auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung auf das Datengeheimnis nach § 5 BDSG verpflichtet wurden. Die beigefügte Erklärung zum Datenschutz ist Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen.

4.11. Vergütung

Für die Erstellung des Wettbewerbsantrages sowie des späteren Angebotes und der möglichen Beteiligung am Verhandlungstermin wird keine Vergütung gewährt. Die Antragsunterlagen und die Angebote gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum der Stadt Bad Aibling über.

4.12. Preisangaben

- Die vom den Wettbewerbsunternehmen in der Verfahrensstufe 2 zum Erstangebot und zur finalen Angebotsaufforderung anzubietenden Entgelte sind in dem dann zur Verfügung gestellten Preisblatt sowie im VHB-Angebotsformblatt entsprechend einzutragen. Hierbei handelt es sich gemäß VgV und der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BANz. 1953 Nr244), zuletzt geändert durch Art. 70 G v. 8.12.2010 I 1864 um Festpreise.
- Preisgleitklauseln finden automatisiert keine Anwendung.
- Preisanpassungen können im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragspartner erfolgen im %-Satz möglicher statistischer Preisveränderungen nach den jährlichen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) bezogen auf vergleichbare Leistungen /Branchenmarkt (ÖPNV/ Leistungen gem. § 42 PBefG).

Für die Personalkosten erfolgt die Preisanpassung anhand der Indizes der Tarifverdienste, Wochenarbeitszeit: Früheres Bundesgebiet, Jahre, Wirtschaftszweige (Code 62221-0003), Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen, WZ08-493 – Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr und wird nach folgenden Auswahlkriterien auf der Seite des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ermittelt:

A. Personalkosten

1. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
2. 62221-0003 - Indizes der Tarifverdienste, Wochenarbeitszeit: Früheres Bundesgebiet/Neue Länder, Jahre, Wirtschaftszweige
3. Auswahl: Früheres Bundesgebiet
4. VST 065 – Index d. tarifl. Stundenverdienste ohne Sonderzahl. auswählen
5. WZ08C7 Position auswählen:
WZ08-493 – Sonst. Personenbeförderung im Landverkehr auswählen
6. Zeitraum auswählen
7. Werteabruf starten

Für die Kraftstoffe und Stromverbräuche erfolgt die Preisanpassung anhand dem Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2009 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/ Sonderpositionen), Diesel, GP09-1920260052 Dieselmotorkraftstoff, Abgabe an Großverbraucher und wird nach folgenden Auswahlkriterien auf der Seite des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ermittelt.

B. Beispiel Kraftstoffkosten:

1. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
2. 61241-0003 - Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte: Deutschland, Jahre, Güterverzeichnis (GP2009 2-/3-/4-/5-/6-/9-Steller/ Sonderpositionen)
3. Auswahl bei GP09M2: GP2009 (ausgewählte 9-Steller): Gewerbl. Produkte
4. Auswahl: Antrieb
5. Kriterium: Inhalt
6. Auswahl: GP09-1920260052 – Dieselmotorkraftstoff, Abgabe an Großverbraucher
7. Zeitraum auswählen
8. Werteabruf starten

Sollte sich die Bezeichnung und der Aufbau der Indexwerte durch das Statistische Bundesamt erneut ändern, tritt die/der für diesen Index nachfolgende Bezeichnung/Aufbau und damit verbundene Auswahlkriterien anstelle der vorstehenden.

Für die oben dargestellten Positionen gilt: Die Anpassung der Kostenbestandteile kann von jeder Vertragspartei jährlich bis 30. April bei der anderen Vertragspartei beantragt werden, erstmals im Jahr 2028. Gültiges Ausgangsjahr für jegliche Änderungsverlangen ist das Jahr 2026.

Die Anpassung erfolgt rückwirkend zum Beginn des Jahres der Antragstellung. Der Antrag ist schriftlich und unter Vorlage der zur Anpassung erforderlichen Nachweise zu stellen.

Preisanpassungen können als Mehrung und Minderung erfolgen.

- Mit den angebotenen Preisen sind alle für die sachgemäße Ausführung der Leistungen erforderlichen Aufwendungen abgegolten.
- Die Abgaben von Nebenangeboten und ihre Bewertung ist in diesem Ausschreibungsverfahren nicht vorgesehen.

4.13. Hinweis, wenn kein Antrag abgegeben wird

Es steht Interessenten frei, auf die Aufforderung zur Antragsabgabe keinen Antrag abzugeben. Für diesen Fall wird um eine kurze schriftliche Mitteilung gebeten.

4.14. Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme des Antrags

Änderungen und Ergänzungen an den Wettbewerbs- und Verdingungsunterlagen sind nicht zulässig und führen zwangsläufig zum Ausschluss vom Vergabeverfahren. Soweit Ergänzungen zur besseren Beurteilung des Antrags und späteren Angebotes erforderlich erscheinen, können sie dem Antrag/Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden.

Bis zum Ablauf der oben genannten Antragsfrist können die bereits eingereichten Anträge über die Vergabepattform zurückgezogen werden. Sofern bei bereits eingereichten Anträgen Berichtigungen und/oder Ergänzungen erfolgen müssen, kann dies bis zum Ablauf der o. g. Antragsfrist erfolgen.

4.15. Ausschreibungsfremde Bedingungen

Beiliegende AGBs des Wettbewerbsunternehmens und/oder der Hinweis des Unternehmens auf die Gültigkeit seiner AGBs stellen eine Änderung der Vergabeunterlagen dar und führen zwingend zum Ausschluss, es sei denn das Bieterunternehmen erklärt, im Zweifelsfall nachzuweisen, dass die eingereichten AGBs auch in der Vertragsphase den Ausschreibungsbedingungen nicht widersprechen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen durch die Wettbewerbsunternehmen ebenfalls zum Ausschluss führen.

4.16. Copyright und Schutzrechte

Die vorliegende Wettbewerbsbeschreibung sowie das Leistungsverzeichnis sind inklusive aller Anlagen urheberrechtlich geschützt und dürfen nur zur Antrags- sowie Angebotserstellung verwendet werden. Eine Weitergabe und/oder Vervielfältigung ist ohne ausdrückliche schriftliche Einwilligung durch *Loesungenfinden.org* und die Stadt Bad Aibling bzw. die AIB-KUR GmbH & Co. KG nicht gestattet.

Das Wettbewerbs- bzw. die Wettbewerbsunternehmen hat (haben) anzugeben, ob für den Gegenstand des Angebotes gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von ihm oder einem anderen beantragt sind. Es hat weiterhin anzugeben, ob es erwägt, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten.

4.17. Bevorzugte Bewerber

Wettbewerbsunternehmen, die als bevorzugte Bewerber berücksichtigt werden wollen, müssen den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, bereits mit der Antragsabgabe zum Wettbewerb führen; wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird das spätere Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bewerber behandelt. Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Wettbewerbsunternehmen, denen bevorzugte Bewerber als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben.

Zweckverbände, die ein Angebot vorlegen möchten, können das Risiko der Mehrwertsteuerbefreiung, das sich aus dem sogenannten Celler und Naumburger Urteil sowie dem Urteil des BFH (AZ: VR 41/10) ergibt, auch nachträglich nicht an den Auftraggeber weitergeben.

5. Eignung

5.1. Eignungskriterien

Die zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen aufgeführten Nachweise und Erklärungen sind vollständig mit dem Angebot vorzulegen und gelten als K.-O.-Kriterien.

Gemäß § 122 GWB 2016 werden die

1. Fachkunde
2. Leistungsfähigkeit sowie das
3. Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB

des Bieterunternehmens überprüft.

- Es ist mit dem Angebot nicht das Standardformular für die einheitliche europäische Eigenerklärung (EEE) unterzeichnet vorzulegen. Verpflichtend ist die Abgabe des ausgefüllten Formblattes L 124_LD.
- Der Ausschreibungsgegenstand erfordert Eignungsnachweise bzw. Eigenerklärungen gem. dieser Anlage 1.
- Zum Nachweis der Eignung gemäß § 122 GWB 2016 sind die im **Formblatt 0 der Anlage 1** aufgeführten **Unterlagen und Erklärungen** mit dem Angebot abzugeben; soweit deutsche Rechtsnormen und Formulare benannt sind, gelten gleichwertige aus anderen EU-Mitgliedsländern entsprechend.
- Geforderte Eignungsnachweise und Angaben (z.B. über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen), die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen bzw. erbracht werden können, sind im Rahmen ihres Erklärungsumfangs zulässig, sofern Bewerber und Bieter in einem solchen amtlichen Verzeichnis eingetragen sind oder über eine adäquate Zertifizierung verfügen, die jeweils den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entspricht (vgl. § 122 Abs. 3 GWB)

6. Anlagen als Teile dieser Ausschreibungsunterlagen

Anlage 1: **Formblätter Eignung**

Anlage 2: **Projektplan Bieterversion**

Anlage 3: **Muster Rahmenvertrag**

Formblätter:

- L 234 Bietergemeinschaft
- L 235 Nachunternehmerverzeichnis
- L 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- L 124_LD Eigenerklärung zur Eignung
- L 127 Erklärung Bezug Russland
- L 1311 Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb
- L 1313 Teilnahmeantrag